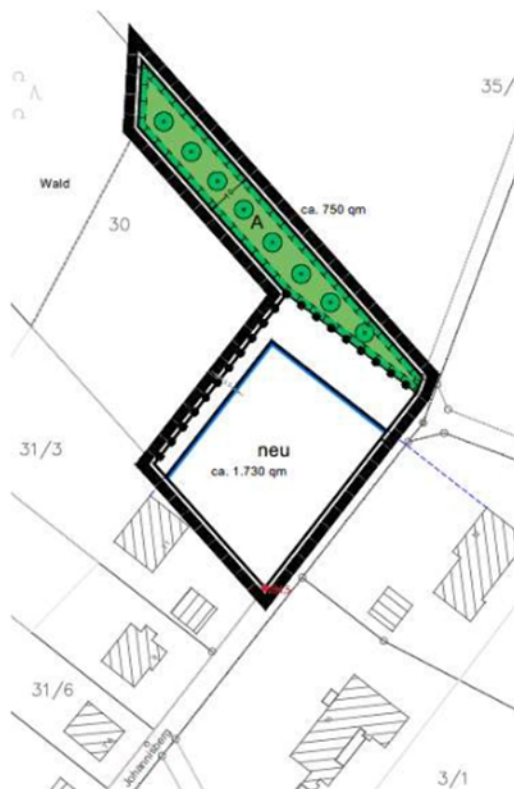


## Sitzung Gemeinderat Windhagen am 23.02.2022

Zur Sitzung des Ortsgemeinderates Windhagen am 23.02.2022 lagen keine Einwohnerfragen vor.

Der Ortsgemeinderat Windhagen hatte am 10. November 2021 beschlossen, das Verfahren zur Aufstellung der Ergänzungssatzung „Am Asbacher Pfad“ im Ortsteil Johannisberg einzuleiten.

Nach öffentlicher Auslegung der entsprechenden Unterlagen vom 17.12.2021 bis 17.01.2022 hat der Rat die Ergänzungssatzung nun einstimmig beschlossen.



Die Einziehung von Wegen im Baugebiet „Backhauswiese“ in Frohnen wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.

Im nächsten Punkt stand ein Förderantrag zum Projekt „Ausbau Brunnenstrasse (K27) zwischen Rederscheid und Köhlershohn“ zur Debatte.

Hierbei sind die Kosten für die Nebenanlagen (Fußwege und Beleuchtung) von der Ortsgemeinde und den Anliegern zu tragen. Dieser Posten beträgt ca. 449.000 Euro. Hierzu könnten Fördergelder in Höhe von 27.900 Euro beantragt werden, die aber nur dem Anteil der Gemeinde zugerechnet werden. Zudem können diese Fördergelder nur beantragt werden, wenn die (Steuer-) Hebesätze der Grundsteuer für Bürger/Anlieger erhöht werden. Vom Rat wurde einstimmig beschlossen, die Hebesätze derzeit nicht zu verändern, somit auf die Fördergelder zu verzichten aber trotzdem das Thema Hebesätze und die Auswirkungen in Euro und Cent auf die Grundeigentümer noch vor der Sommerpause im Haupt- und Finanzausschuss zu bearbeiten.

In der Ratssitzung am 16.12.2021 hatte die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, den Platz vor der alten Schule in eine „Grüne Ruhezone“ umzugestalten.

Hierzu fand am 27.01.2022 ein Ortstermin mit einem Baumsachverständigen statt, der die Auswirkungen von Tiefbauarbeiten auf die Standfestigkeit der Bäume (alte Linden) begutachten sollte.

Ergebnis war, dass jegliche Bauarbeiten dem Wurzelwerk der Bäume schaden würde.

Es ergab sich eine lebhafte Debatte über die Sinnhaftigkeit der Umgestaltung dieses Platzes und die Notwendigkeit von Parkplätzen vor dem Gebäude.

Letztendlich wurde folgender Beschlussvorschlag formuliert:

Die Informationen zum Baumgutachten bzw. der zugehörige Schriftverkehr soll in das Ratsinformationssystem (RIS) eingestellt werden, um allen Ratsmitgliedern zugänglich zu sein, ferner die VG Asbach zu beauftragen, ein Konzept zur Umgestaltung des Platzes zu erarbeiten und somit den Tagesordnungspunkt zu vertragen.

Dieser Vorschlag wurde mit 11 JA-Stimmen gegen 10 NEIN-Stimmen vom Rat beschlossen.

Bereits im Juli 2021 wurde in der Ratssitzung von der Fraktion G-BfW ein Antrag zur Sanierung der Brunnenanlagen in Windhagen (Taubenbrunnen und Postbrunnen) gestellt. Damals wurde beschlossen, eine technische Prüfung durchführen zu lassen und die Eigentumsverhältnisse zu klären.

Der Brunnen vor dem Gasthaus „Zur Post“ befindet sich in Gemeindeeigentum.

Die technische Prüfung ergab, dass die Rohrverbindung zwischen beiden Brunnen in Ordnung ist, aber die elektrische Anlage dringend saniert werden muss.

Des Weiteren wurde angeregt, die Verbindung vom Postbrunnen zum Brandteich wieder herzustellen.

Es wurde einstimmig beschlossen, eine Fachfirma mit der Prüfung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen zu beauftragen und die dafür anfallenden Kosten zu ermitteln.

Die Anschaffung eines neuen Rasentraktors für ca. 17.000 EUR wurde einstimmig beschlossen.

Die Anschaffungskosten werden je zur Hälfte von der Ortsgemeinde Windhagen und der Verbandsgemeinde Asbach getragen.

Ebenso einstimmig wurde die ortsfeste Aufstellung einer Geschwindigkeitsanzeigetafel am Ortseingang Windhagen beschlossen (mit Solarpanel und Akku zur Energieversorgung).

Im Folgenden wurde über die Fragebogenaktion Wenten 2040 debattiert.

Insgesamt wurden 217 Fragebögen ausgefüllt abgegeben, das entspricht 9,5% aller Haushalte in Windhagen. Die Möglichkeit, individuelle Kommentare einzutragen wurde reichlich und sehr ausführlich genutzt. Dazu ergab sich die Frage der Auswertung und Kategorisierung dieser Kommentare.

Im Gebiet des Baugebietes Heckerfeld hatte es vorab eine Flugblattaktion einer Bürgerinitiative gegeben, bei der einige Ratsmitglieder eine unmittelbare Beeinflussung der Bewohner beim Ausfüllen der Fragebögen sahen und zur Diskussion stand, wie damit umgegangen werden sollte.

Es ergab sich eine ausführliche Debatte mit sehr gegensätzlichen Positionen zu allen Punkten.

Final standen folgende Anträge zur Abstimmung.

Zunächst ging es darum, ob die Auswertung der individuellen Kommentare von Mitarbeitern der Gemeinde oder durch eine Fachfirma erfolgen sollte.

Der erste Beschlussantrag beinhaltete, dass die Auswertung zunächst nicht an eine Fachfirma vergeben werden soll, sondern die Gemeindemitarbeiter eine Vorabauswertung durchführen sollen, um ggfs. später für die finale Auswertung eine Fachfirma zu beauftragen. Dieser Antrag wurde mit 10 JA-Stimmen, 10 NEIN-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Der Alternativantrag besagte, dass für die Auswertung der Fragebögen direkt eine Fachfirma beauftragt werden soll.

Dieser Antrag wurde mit 10 JA-Stimmen gegen 8 NEIN-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Im nächsten Schritt ging es darum, die Fragebögen aus dem Gebiet Heckerfeld, bei denen scheinbar eine Beeinflussung durch die Flugblattaktion erkennbar wäre, von der Auswertung auszuschließen, sie nur als einen Fragebogen zu betrachten oder alle in die Auswertung einzubeziehen.

Es wurde einstimmig beschlossen, da die Auswertung durch eine Fachfirma erfolgt, alle Fragebögen auszuwerten und Sondereffekte, sofern erkennbar, zu bewerten und zu dokumentieren.

Von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wurde ein Antrag zu einer sog. „Solaroffensive“ eingebracht.

Demnach sollen bei der Nachrüstung von Bestandsgebäuden mit Solartechnik je kW peak 125,- EUR an den Eigentümer gezahlt werden, maximal 1.250 EUR. Diese Finanzmittel sollen aus dem Haushalt der Ortsgemeinde beglichen werden.

In der Gemeinde Windhagen bestehen ca. 1.560 Wohngebäude, von denen 80% für Solaranlagen geeignet wären. In der gesamten Verbandsgemeinde Asbach nutzen nur 4% der vorhandenen Gebäude Solartechnik.

Zwar gab es Einwände, ob der genannte Betrag hoch genug für einen zusätzlichen Anreiz sei, trotzdem wurde der Antrag grundsätzlich befürwortet, bei einer Enthaltung.

Die CDU-Fraktion brachte den Antrag ein, die Verkehrsfläche im Bereich Hauptstraße/Reinhard-Wirtgen-Weg zu optimieren. Hier sei mittlerweile ein Gefahrenschwerpunkt entstanden aufgrund der unübersichtlichen Einmündung der Hauptstraße.

Durch den Abriss des Eckhauses (auf gemeindeeigenen Grundstück) sei nun die Möglichkeit gegeben, den Straßenverlauf zu optimieren und auch die landschaftliche Umgestaltung nach ökologischen Gesichtspunkten durchzuführen. Bereits vorliegende Planungen der vergangenen Jahre sowie die vorgesehene Radwegplanung sollen in dieses Projekt einfließen.

Ein Fachplaner sollte mit den Planungen dieser Umgestaltung beauftragt werden.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig beschlossen.

Von der Fraktion G-BfW wurde ein Antrag zur Entwicklung eines Klimaschutzprojektes eingebracht, mit dem letztendlich die Vorgaben des Klimaschutz-Gesetzes erreicht werden sollen, den Ausstoß von Treibgasen bis zum Jahr 2030 um 65% gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren.

Der Antrag besagt, dass der Gemeinderat die Lenkungsgruppe von Wenten 2040 beauftragt, im Rahmen von Arbeitsgruppen und unter Beteiligung aller Bürger, des Gewerbes und der Landwirtschaft zu den Themen Siedlungsentwicklung und Sicherung des Wirtschaftsstandortes zu untersuchen, welche Möglichkeiten zur Erreichung des genannten Klimazieles genutzt werden können. Des Weiteren sollen in den Arbeitsgruppen konkrete

Projekte entwickelt und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden.  
Nach längerer Diskussion wurde diesem Antrag der Passus hinzugefügt, dass vor weiteren Aktivitäten der Klimaschutzbeauftragte der VG Asbach im Rat den Stand des Klimaschutzprojektes der Verbandsgemeinde vorstellt, um Doppelarbeit zu vermeiden.  
Dieser Antrag wurde mit einer Gegenstimme beschlossen

Die Kreissparkasse Neuwied hat der Verbandsgemeinde Asbach eine Zuwendung in Höhe von 3.500 EUR zugedacht.  
Nach dem entsprechenden Schlüssel soll die Ortsgemeinde Windhagen einen Anteil von ca. 660 EUR für gemeinnützige Zwecke erhalten.  
Die Zustimmung des Rates erfolgte einstimmig.

Als zusätzliche Punkte wurden in die Tagesordnung erneut die Themen zur Energiebeschaffung Strom und Gas für die Gemeinde aufgenommen.  
Atomstrom zählt seit kurzem zu „grünem“ Strom. Diese Energieform wird aber in Windhagen und den Nachbargemeinden nicht gewünscht.  
Daher wurde der bestehende Beschluss zur Strombeschaffung aufgehoben und durch folgende Formulierung ersetzt:  
Beschaffung von 100% Ökostrom ohne Neuanlagequote (also ohne Atomstrom).  
Dieser Beschluss erfolgte einstimmig.  
Zur Gasbeschaffung gab es zwischenzeitlich die Information, dass bei der Produktion von Biogas mehr CO<sup>2</sup> entsteht als bei der Verbrennung „normalen“ Gases. Deshalb sollte auch hierzu der bestehende Beschluss (Beschaffung mit 10% Biogas) aufgehoben werden und analog zu den Beschlüssen der VG Asbach die Beschaffung ohne Biogas beschlossen werden.  
Zum Thema ergab sich eine längere Diskussion, an deren Ende die Beschaffung ohne Biogas mit 17 JA-Stimmen beschlossen wurde. Es gab eine Enthaltung und 3 NEIN-Stimmen.

#### Resolution KfW-Förderung

Vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung die finanzielle Förderung von energiesparenden Maßnahmen bei Neubauten durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gestoppt hat, wurde von der SPD, Herrn Dr. Stumpf eine Resolution eingebracht.  
In dieser Resolution wird der Sachverhalt nebst Auswirkungen beschrieben und der Appell an alle Bundestagsabgeordneten des Kreises formuliert, sich in allen relevanten Gremien für die sofortige Wiederaufnahme der Fördermaßnahmen einzusetzen.  
Diese Resolution wurde bei 3 Enthaltungen einstimmig beschlossen.

#### Mitteilungen der Verwaltung:

Umrüstung der Flutlichtanlage des Sportplatzes auf LED (Ratsbeschluss vom Juli 2021).  
Die Überprüfung der Stromleitungen hat ergeben, dass die Isolation aller Zuleitungen nicht ausreichend ist und hier Sanierungsbedarf besteht.  
Die Standfestigkeit der Masten ist ok.  
Das Auswechseln der Stromzuführungen mit den Tiefbauarbeiten wird ca. 60.000 EUR kosten.  
Die Umrüstung auf LED ist mit 70.000 EUR veranschlagt.  
Eine Entscheidung zu den Fördermitteln steht noch aus; die Tiefbauarbeiten sind nicht förderfähig.

### Sonstige Mitteilungen:

#### Schulwegsicherung

Im Rahmen eines Ortstermins wurde festgestellt, dass die Montage eines Geländers auf der Mauer der Brücke aus konstruktiven Gründen nicht möglich ist.

Ebenso ist der Ersatz der Bruchsteinmauer durch ein Geländer nicht durchführbar.

Dadurch können die entsprechenden Ratsbeschlüsse vom 17.12.2020 nicht umgesetzt werden.

#### Abriss eines Gebäudes in Rederscheid, Rederscheider Str.

Das besagte Gebäude war unter Denkmalschutz gestellt worden. Mittlerweile wurden aber erhebliche statische Probleme in der Fachwerkfassade festgestellt, deren Behebung finanziell nicht zumutbar ist. Unter Beteiligung der zuständigen Denkmalschutzbehörden wurde der Abriss des Gebäudes genehmigt.

#### Notstromeinspeisung Forum

Für die vorgesehene Notstromeinspeisung im Forum wurde mittlerweile der Auftrag erteilt.

Die im Plan vorgesehene Summe von 5.000 EUR wurde nicht ausgeschöpft, da die erforderlichen Arbeiten nur 2.900 EUR kosten.

#### Rad-/Fußweg L247/K30

Hierzu gibt es laut einer Mitteilung der Stadt Bad Honnef an die VG Asbach folgende Info:

Das Projekt wurde nun in die Planungen aufgenommen und der Bau ist für das Jahr 2023 geplant.

Unter folgender Internetadresse ist die Sitzung bei Youtube zu sehen:

<https://www.youtube.com/watch?v=StuK44MLwCo>